



## **Kantonsratsbeschluss**

### **betreffend Objektkredit für die Planung der Gesamtinstandsetzung mit Neubau der Justizvollzugsanstalt Bostadel, Menzingen**

Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission  
vom 6. Januar 2021

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Staatswirtschaftskommission (Stawiko) hat die Vorlage Nr. 3129.2 - 16382 an der Sitzung vom 6. Januar 2021, die als Videokonferenz durchgeführt wurde, beraten. Ein Stawiko-Mitglied ist auch Mitglied der vorberatenden Kommission für Hochbau. Finanzdirektor Heinz Tännler vertrat die Meinung des Regierungsrats. Wir gliedern unseren Bericht wie folgt:

1. Ausgangslage
2. Fragen der Stawiko
3. Eintretensdebatte und Detailberatung
4. Schlussabstimmung
5. Antrag

#### **1. Ausgangslage**

Die Justizvollzugsanstalt (vormals: Strafanstalt) Bostadel in Menzingen wird seit dem Jahr 1977 von den Kantonen Basel-Stadt und Zug im Konkordat betrieben. Die bestehenden Gebäude sollen instandgesetzt und mit einem Neubau erweitert werden. Der Regierungsrat beantragt dafür in einem ersten Schritt einen Planungskredit von 5,35 Millionen Franken. Daran beteiligt sich der Kanton Basel-Stadt mit 75 Prozent, sodass die Nettobelastung für Zug 1,34 Millionen Franken beträgt. Am 26. November 2020 hat der Kantonsrat den Budgetkredit für das Jahr 2021 genehmigt und von den Tranchen, die in den Planjahren 2022–2024 anfallen, Kenntnis genommen.

Die Details zur Vorlage finden sich im regierungsrätlichen Bericht Nr. 3129.1 - 16381.

Die Kommission für Hochbau stimmte der Vorlage gemäss ihrem Bericht Nr. 3129.3 - 16493 einstimmig zu und beantragt, dass gleichzeitig zukünftige Erweiterungsoptionen geprüft werden.

#### **2. Fragen der Stawiko**

Im Vorfeld der Beratung hat der Stawiko-Präsident verschiedene Fragen gestellt, zu denen teils die Sicherheitsdirektion Stellung nahm. Darüber informierte der Finanzdirektor an der Videokonferenz mündlich und beantwortete weitere Fragen der Kommission. Nachfolgend werden die Fragen und Antworten zusammengefasst:

## 2.1. Allgemeine Fragen

### 2.1.1. Was ist unter dem im Bericht der Kommission für Hochbau auf Seite 4 genannten Begriff «innerhalb des bestehenden Sicherheitsperimeters» zu verstehen?

Mit dem Sicherheitsperimeter ist die gesamte Fläche gemeint, welche sicherheitstechnisch nach aussen als eigentliche Justizvollzugsanstalt abgegrenzt ist. Konkret handelt es sich um den Bereich innerhalb der Mauern und Zäune.

### 2.1.2. Wer bezahlt für die Kosten eines Insassen?

Die Kosten werden jeweils vom Einweiserkanton bezahlt. Dies ist derjenige Kanton, welcher das Urteil zu vollziehen hat und in der Regel das Strafurteil gefällt hat. In den meisten Fällen handelt es sich dabei um den Tatortkanton. Der Kanton Zug hat 2 bis 3 Personen im Bostadel in Haft und bezahlt diese Kosten dann als Einweiserkanton auch.

### 2.1.3. Was bedeutet das Abstandsgebot, das auf Seite 2 unten des Berichts der Kommission für Hochbau erwähnt ist?

Beim Abstandsgebot handelt es sich um eine Empfehlung des Bundes, damit verwahrte Insassen von nicht verwahrten getrennt werden können. Es ist absehbar, dass diese Empfehlung in nächster Zeit zu einer Verpflichtung werden wird. Aus diesem Grund muss dieser Aspekt bei der Planung und Umsetzung des Bauvorhabens berücksichtigt werden.

## 2.2. Fragen zum vorliegenden Planungskredit

### 2.2.1. Wie hoch waren die internen Aufwände (Personal- und Sachaufwand) des Kantons Zug für die Erfüllung dieses Auftrages?

Beim Hochbauamt wurden seit Herbst 2019 für die Erstellung der Kreditvorlage rund 250 Stunden aufgewendet. Damit bewegte sich der Aufwand in einem Rahmen, der bei Projekten in dieser Grössenordnung üblich ist. Darüber hinaus ist kein nennenswerter Sachaufwand angefallen. Dazu kommen verwaltungsinterne Aufwände in anderen Ämtern, zum Beispiel direktionsübergreifende Sitzungen.

### 2.2.2. Wie hoch waren die externen Aufwände des Kantons Zug für die Erfüllung dieses Auftrages?

Die externen Aufwände für Bedarfsabklärungen, Machbarkeitsstudien und Wirtschaftlichkeitsbeurteilungen wurden durch die Justizvollzugsanstalt Bostadel bezahlt.

### 2.2.3. Wird der Kanton Zug für diese Aufwände entschädigt? Wenn ja mit welchem Betrag? Wenn nein warum nicht?

Die vom Bostadel bezahlten externen Aufwände fliessen in die Betriebsrechnung ein und werden somit gemäss Verteilschlüssel zu 4/5 dem Kanton Basel-Stadt und zu 1/5 dem Kanton Zug belastet.

Für die internen Aufwände wird der Kanton Zug von Basel-Stadt nicht entschädigt. Dies war auch bei früheren Bauprojekten nicht der Fall.

Dabei ist zu beachten, dass der Kanton Zug durch den Betrieb der Justizvollzugsanstalt Bostadel auch von Standortvorteilen profitieren kann. Zum Beispiel werden Arbeitsplätze geschaffen, das lokale Gewerbe wird berücksichtigt und es werden Steuererträge generiert.

#### 2.2.4. Wie setzen sich die Kosten für das Auswahlverfahren von 850 000 Franken zusammen?

Auf Seite 11 des regierungsrätlichen Berichts wird unter Ziffer 6 erwähnt, dass die öffentliche Hand gemäss Submissionsgesetz verpflichtet ist, ein Auswahlverfahren durchzuführen. Auf Seite 10 findet sich eine Aufstellung der einzelnen Positionen. Die erwähnten Kosten liegen gemäss Aussagen des Finanzdirektors im üblichen Rahmen für ein Bauprojekt in dieser Grössenordnung. Es werden vorgegebene SIA-Ansätze berücksichtigt, die durch den Kanton nicht beeinflusst werden können.

#### 2.2.5. Was sind die Gründe für die lange Zeitdauer gemäss dem Terminplan auf Seite 5 des Berichts der Kommission für Hochbau?

Der Grobterminplan ist auch auf Seite 11 des regierungsrätlichen Berichts erwähnt. Im Nachgang zur Sitzung wurden wir informiert, dass der Terminplan mit dem Kanton Basel-Stadt abgesprochen worden ist und grundsätzlich kein Zeitdruck bestehe. Die Ressourcen des Zuger Hochbauamts können so optimal eingesetzt werden, denn es gibt immer wieder Projekte, die prioritär zu bearbeiten sind.

Im Weiteren muss das Bauprojekt durch zwei kantonale Parlamente beraten und beschlossen werden, was zusätzliche Zeit benötigt.

Ausserdem gilt es zu beachten, dass während der ganzen Bauzeit der Betrieb des Justizvollzugs sichergestellt werden muss. Dadurch können nicht alle Synergien so optimal ausgenutzt werden, wie bei anderen Bauprojekten. Auch dies bedingt eine längere Realisierungsdauer.

### 3. Eintretensdebatte und Detailberatung

Die Stawiko verdankt die zusätzlichen Informationen durch die Sicherheitsdirektion und die Erläuterungen des Finanzdirektors.

Die Stawiko ist wie die Kommission für Hochbau der Ansicht, dass der Bedarf für die Sanierung und den Neubau gegeben ist. Wir haben zu Kenntnis genommen, dass der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt das Geschäft genehmigt hat und die Referendumsfrist inzwischen ungenutzt verstrichen ist.

Eintreten war in der Stawiko unbestritten und in der Detailberatung wurde das Wort nicht mehr verlangt.

Auf Seite 4 ihres Berichts hat die Kommission für Hochbau einstimmig beschlossen, dass ein Teil der Wettbewerbsaufgabe die grundsätzliche Prüfung einer Erweiterungsoption innerhalb des bestehenden Sicherheitsperimeters sein soll.

Damit soll geprüft werden, ob zu einem späteren Zeitpunkt innerhalb des bestehenden Areals nochmals eine Erweiterung (z. B. eine Aufstockung) möglich wäre oder ob nach Realisierung der beantragten Erweiterung die Möglichkeiten auch für die Zukunft vollständig ausgeschöpft sind. Gemäss Auskunft des Finanzdirektors hat diese Erweiterung des Planungsauftrags keine Erhöhung des vorliegenden Planungskredits zur Folge. Deshalb muss auch der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt diese Erweiterung des Planungsauftrages nicht genehmigen und das Geschäft nicht nochmals beraten.

➔ Die Stawiko stimmt diesem Antrag mit 7 Ja- zu 0 Nein-Stimmen ohne Enthaltung zu.

### 4. Schlussabstimmung

Die Stawiko ist mit 7 Ja- zu 0 Nein-Stimmen ohne Enthaltung auf die Vorlage Nr. 3129.2 - 16382 eingetreten und hat ihr gemäss dem Antrag des Regierungsrats zugestimmt.

## **5. Antrag**

Gestützt auf diesen Bericht beantragt Ihnen die Stawiko mit 7 Ja- zu 0 Nein-Stimmen ohne Enthaltung, auf die Vorlage Nr. 3129.2 - 16382 einzutreten und ihr zuzustimmen.

Steinhausen, 6. Januar 2021

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Im Namen der Staatswirtschaftskommission

Der Präsident: Andreas Hausheer